

Internationale Freigeistige Rundschau 2/2008

Europa

Europäische Union

I (3816) **Bilbao**. Eine Studie der spanischen "BBVA Foundation" (eine Stiftung der spanischen Bank BBVA mit Hauptsitz in Bilbao) belegt, dass die Zustimmung zur embryonalen Stammzellforschung im Vergleich zu 2003 in den meisten Industriestaaten steigt. Nur das traditionell katholisch geprägte Österreich zeigt demnach im europäischen Vergleich noch starke Vorbehalte. Dort bewerteten die Befragten den Nutzen der Forschung mit 4,3, die moralischen Bedenken mit 6,2 auf einer Skala von eins (totale Ablehnung) bis zehn (volle Zustimmung). Dänen und Schweden liegen bei der Einschätzung der verbrauchenden Embryonenforschung als "sehr nützlich" bei der Bewertung 7, als "moralisch verwerflich" hingegen nur bei 4,3. Die Studie "Einstellung zur Biotechnologie" wurde nach 2003 zum zweiten Mal durchgeführt. Abgefragt wurden Zustimmung bzw. Ablehnung zur Embryonenforschung in 1.500 persönlichen Interviews in zwölf europäischen Ländern sowie in den USA, in Japan und Israel.

Die weltanschauliche Einstellung der Befragten spielt eine große Rolle: Bei Nichtgläubigen überwiegt die Definition des Embryos als Zellklumpen, während für Christen der Embryo meist Personenstatus hat. (*imabe*, 10.6.08)

Belgien

I (3817) **Brüssel**. Der Wetterbericht einer burkaverhüllten Muslima im Brüsseler Regionalfernsehen sorgt für politischen Streit. Die Ausstrahlung des Clips sei ein Skandal, erklärten die Brüsseler Rechtsliberalen. Sie kündigten an, den Aufsichtsrat des Senders damit zu befassen. Der Direktor des französischsprachigen *TeleBruxelles*, Marc de Haan, räumte ein, die Sequenz hätte nicht ausgestrahlt werden dürfen. Er habe eine interne Untersuchung eingeleitet.

TeleBruxelles lädt seit November 2007 seine Zuschauer ein, selbst den Wetterbericht vorzutragen. Die Ansage vom Dienstag ist auch auf der Webseite des Senders inzwischen nicht mehr zugänglich. (*Le Soir*, 19.6.08)

Deutschland

I (3818) **Kassel**. Die immer wieder geäußerte Behauptung, die kleineren Konfessionen profitierten vom Schrumpfen der großen, trifft offensichtlich nur vereinzelt zu. Der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden, in dem vor allem Baptisten zusammengeschlossen sind, nahm allein 2007 um rund tausend auf nun etwa 84.000 Mitglieder ab. Zugleich sank die Zahl der Taufen um 14,3 Prozent auf 1.992, wie diese größte deutsche Freikirche selbst auf ihrer Synode mitteilte. Auch die Altersstruktur sieht nicht gut aus, denn nur ein sechstel der Mitglieder ist unter 30 Jahre alt und verlässt oft nach einem Ortswechsel unauffällig die Organisation. 1995 hatte die Freikirche noch fast 88.000 Mitglieder. (*idea*, 25.5.08)

I (3819) **Berlin**. Nach einer forsa-Repräsentativumfrage vom April/Mai 2008 unter 1005 Befragten sprechen sich 84 % der Berliner für einen gemeinsamen Ethikunterricht aus. Sogar unter den Katholiken (78 % dafür) und den Evangelischen (80 %) folgte eine breite Mehrheit nicht ihren Kirchenleitungen. Auch CDU-Wähler stimmten der geltenden Regelung zu 80 % zu.

Die Bürgerinitiative Pro Ethik zeigte sich von der Deutlichkeit dieser Entscheidung überrascht und erklärte: "Die Kritiker des gemeinsamen Ethikunterrichts fordern immer wieder Wahlfreiheit. Tatsächlich aber wollen sie die Wahlfreiheit einschränken. Heute kann jeder Schüler Ethik und Bekenntnisunterricht wählen. Nach dem Willen von CDU und Kirchen wäre zukünftig nur noch ein Fach erlaubt."

Die Kirchen kritisierten die Fragestellung von forsa, die lautete:

"In Berlin nehmen an dem Schulfach Ethik alle Schüler gemeinsam teil, egal welcher Glaubensrichtung oder Weltanschauung sie zugehören. Ziel des Faches Ethik ist es, allen Schülern Werte wie Toleranz, Freiheit und Menschenrechte zu vermitteln. Es gibt nun die Forderung, dass Schüler zwischen Religionsunterricht und Ethikunterricht wählen müssen."

Welcher Meinung stimmen Sie persönlich zu?

Sollten Schüler, die einen christlichen oder islamischen Religionsunterricht besuchen, künftig nicht mehr am Ethikunterricht teilnehmen - oder: Sollte es weiterhin einen gemeinsamen Ethikunterricht für alle Schüler geben?"

Kurioserweise plädierten die Kirchen just am Tag der Veröffentlichung der Umfrage andernorts, nämlich in Graubünden (Schweiz), für einen gemeinsamen Ethikunterricht, den es - mit Einverständnis oder sogar auf Wunsch der Kirchen - bereits in mehreren Kantonen der Schweiz gibt. Das *Bündner Tagblatt* berichtete unter dem Titel "Landeskirchen für Ethikunterricht" wörtlich:

"Die Evangelische und die Katholische Landeskirche in Graubünden schlagen vor, an der Volksschule ein Mal wöchentlich eine Lektion Ethikunterricht einzuführen. Dafür wollen die Kirchen eine der zwei Lektionen Religion an den Staat abtreten. Den Kindern soll mit der Neuerung ein Grundwissen über Religion vermittelt werden. Der Vorschlag wurde der Regierung unterbreitet, wie Reinhard Kramm, Informationsbeauftragter der Reformierten Landeskirche, in der Bündner Ausgabe der Monatszeitschrift "reformiert" schreibt.

Der vom Staat verantwortete Ethikunterricht soll laut den Landeskirchen obligatorisch sein und eine ganzheitliche Bildung ermöglichen. Die Kirchen würden durch den Wegfall einer Lektion Religion Geld sparen, das sie in den außerschulischen kirchlichen Unterricht investieren könnten. Allein die Evangelische Landeskirche investiert derzeit mehr als sechs Mio. Franken in die Schule. Zurückziehen würden sich die Kirchen aber nicht. Die verbliebene Lektion Religionsunterricht obläge weiterhin ihrer Verantwortung.

Grünes Licht für Verhandlungen haben bereits die Evangelische Synode sowie acht von zehn Kolloquien gegeben.

Den Ethikunterricht an der Schule haben auch die Bündner Jungsozialisten (Juso) thematisiert. Mit der im Oktober letzten Jahres eingereichten Volksinitiative verlangen sie, dass der Religionsunterricht an der Volksschule durch das Fach Ethik abgelöst wird. Religion ist nach Ansicht der Juso Privatsache, ethische Bildung hingegen nicht. Der Religionsunterricht soll außerhalb der Schulzeiten angeboten und freiwillig besucht werden können. (Pressemitteilung von Pro Ethik, 29.5.08; *Bündner Tagblatt*, 29.5.08)

Anm. MIZ-Red: Ende 2006 gehörten 9,4 % der Berliner der katholischen und 20,2 % der evangelischen Kirche an; inzwischen dürften es 9 bzw. 18,5 Prozent sein. Acht Prozent werden offiziell "anderen" Religionsgemeinschaften zugerechnet, doch kennen die beiden größten Gruppen, die Muslime und die orthodoxen Christen, keinen Kirchenaustritt, da sie auch keine Kirchensteuer einziehen; daher liegt der Anteil der tatsächlich Gläubigen bei den "Muslimen" deutlich unter zwei Dritteln und bei den Orthodoxen höchstens bei einem Fünftel der offiziell angegebenen Zahl. Demnach sind in Berlin rund 70 % der Einwohner konfessionslos.

I (3820) **Osnabrück**. Angela Merkel, Kurt Beck und Christian Wulff nutzten den Katholikentag erwartungsgemäß zu publikumswirksamen Auftritten. Die Bundeskanzlerin, diesmal ohne offenes Dékolleté auftretend, bekannte sich zu ihrem "Glauben, der mir Kraft gibt" (*n-tv*, 22.5.08) und fügte hinzu: "Wir haben einen Gott, wir haben Jesus, der uns gezeigt hat, wie wir leben können", so Merkel. (Anm. *MIZ*-Red.: Leider zeigte ihr Jesus noch nicht, wie sie kompetent regieren kann; allerdings hatte ja auch er selbst dabei nur mäßigen Erfolg.) Kritische Stimmen zu diesen Auftritten kamen von der Kirchenvolksbewegung "Wir sind Kirche". Sie beklagte den "Kuschelkatholizismus" der Amtskirche gegenüber der Politik, der langfristig nichts bewirke.

Krass beschönigt und gleichzeitig großzügig gerundet wurde bei der Teilnehmerzahl: "Mit etwa 32.000 Dauerteilnehmern und mehr als 20.000 Tagesgästen ist der Katholikentag zahlenmäßig bereits ein Erfolg: So viele Christen kamen bei den vorherigen Treffen noch nie zusammen." (*kath.de*, 23.5.08) Tatsächlich wurde diese Zahl, die bei den gleichen events der 80er und 90er Jahre regelmäßig übertroffen wurde, bei weitem nicht erreicht. Nach Polizeiangaben kamen zum Abschlussgottesdienst höchstens 20.000 Leute, deutlich weniger als von der Kirche veranschlagt. (*idea*, 25.5.08) Dabei wurden viele jüngere Teilnehmer geködert, indem sie dem Event fast gratis beiwohnen konnten und überdies auch noch schulfrei bekamen.

I (3821) **Bonn**. Braucht Bonn eine Schutzheilige? Darüber wird in der Bundesstadt heftig diskutiert. Die Ratsfraktionen von SPD, CDU und FDP möchten, dass die "Heilige Adelheid von Vilich" (um 970 bis etwa 1018) zur Stadtpatronin erklärt wird. Sie bitten Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann (SPD), den Wunsch der Stadt dem zuständigen Kölner Erzbischof, Joachim Kardinal Meisner, vorzutragen. Wie es in einer Pressemitteilung der CDU-Fraktion heißt, genieße Adelheid hohes Ansehen. Ihr wird nachgesagt, sie habe in einer Dürreperiode um das Jahr 1.000 eine Quelle zum Sprudeln gebracht. Adelheid sei eine "Volksheilige", sagte der Bürgermeister des Stadtbezirks Beuel, Wolfgang Hürter (SPD), übereinstimmend mit seinem CDU-Stellvertreter Guido Déus. (Anm. *MIZ*-Red.: Der Mann legt Wert darauf, dass sein Name wie das Lateinische "deus" (= Gott) ausgesprochen wird.)

Die evangelische Kirche zeigt sich hier noch vernünftiger als die Ratsherren und sieht die Bemühungen kritisch. "Der geglaubte Schutz Gottes ist für uns voll und ganz ausreichend; wir sprechen in dieser Hinsicht den Heiligen keine besonderen Fähigkeiten zu, denn sie waren - wenn auch besondere - so doch ganz 'normale' Menschen", heißt es in einer Stellungnahme. Der Bonner Superintendent Eckart Wüster gibt zu bedenken, ob mit dem Antrag dem Wunsch aller Bonner Bürger entsprochen werde. Die Vorstellung von Schutzpatronen sei sowohl evangelischen Christen wie auch Angehörigen anderer Religionen fremd. Bisher fungieren zwei Männer, Cassius und Florentius, als Schutzheilige für die katholisch geprägte Stadt. Die beiden römischen Soldaten sollen im 3. Jahrhundert der Legende nach ihr Leben bei einer Christenverfolgung verloren haben. Ob nun bald auch die "Heilige Adelheid" zu den Schutzpatronen Bonns gehört, entscheiden nicht die Politiker, sondern die Ritenkongregation der katholischen Kirche in Rom. Knapp 40 Prozent der 315.000 Bonner Einwohner sind katholisch, gut 20 Prozent evangelisch, über 30 Prozent konfessionslos und rund 5 Prozent muslimisch. Insider gehen aber davon aus, dass die Konfessionslosen spätestens 2020 die relative Mehrheit stellen werden. (*idea*, 1.6.08)

I (3822) **Mainz**. Nach fast dreijährigen Verhandlungen wurde der Tarifkonflikt für die 480.000 Mitarbeiter der Caritas, dem größten privaten Arbeitgeber in Deutschland, mit einem für die Beschäftigten enttäuschenden Kompromiss beendet. Der Tarifstreit

bei dem katholischen Wohlfahrtsverband hatte seit Herbst 2005 angedauert und war damit einer der längsten in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg. Die zuständige Arbeitsrechtliche Kommission verabschiedete am Donnerstag in Mainz ein Paket, das eine Anhebung der Arbeitszeit, aber auch "strukturelle Veränderungen im Tarifgefüge" des katholischen Wohlfahrtsverbandes vorsieht. Beschlossen wurde eine erste Lohnerhöhung um 1,6 %, aber nur rückwirkend ab Anfang 2008; für 2006 und 2007 gibt es also Nullrunden. Anfang 2009 sollen nochmals 4,3 % dazukommen, aber auch die Arbeitszeit wird zum 1.9.09 um 1,3 Prozent angehoben (von 38,5 auf 39 Wochenstunden). Damit gleicht die reale Erhöhung bei weitem nicht die Inflationsrate von 2006 bis Mitte 2008 aus. Der "Dienstgeber", also die katholische Kirche, zeigte sich begreiflicherweise "erleichtert", zumal sich hinter der Formel "strukturelle Veränderungen im Tarifgefüge" nach Einschätzung von gewerkschaftlichen Tarifexperten auch schlechtere Rahmenbedingungen für künftig eingestellte Personen verbergen. Die Caritas unterliegt dem kirchlichen Arbeits- und Dienstrecht, das weder Streiks noch Gewerkschaften als Verhandlungspartner kennt. (KNA, 19.6.08)

I (3823) **Augsburg**. Ein besonders dreistes Stück haben sich klerikale Kreise in der Bischofsstadt Augsburg geleistet. Entgegen dem bayerischen Trend wurde hier bei den Kommunalwahlen vom 2. März der amtierende SPD-Oberbürgermeister (ein studierter evangelischer Theologe und Jurist) durch einen kirchlich engagierten CSU-Seiteneinsteiger abgelöst; gleichzeitig gewann ein konservatives Rathausbündnis die Mehrheit.

Nun wurden die Bewerber für die neuen Referentenstellen erstmals nicht öffentlich oder im Stadtrat ausgewählt, sondern durch ein handverlesenes Gremium vorsortiert. Die Auswahl des Sozialreferenten steuerte dabei der Leiter der katholischen St.-Gregor-Jugendhilfe und CSU-Bezirkstagsvorsitzende Reichert mit, der prompt seinen (Partei-)Freund Weinkamm mit auf den Posten des Sozialreferenten hievte, der wiederum Landesgeschäftsführer des Kolpngwerks ist. Wem dieser Spezl künftig die öffentlichen Jugendhilfe-Mittel zuschanzen wird, dürfte auch ohne besondere prophetische Begabung klar sein. (MIZ-Eigenmeldung, 22.6.08)

I (3824) **Hamburg**. Viele Kirchliche Mitarbeiter müssen zusätzlich zu ihrem Gehalt Hartz IV Leistungen in Anspruch nehmen. Das ist das Ergebnis von Recherchen des ARD-Magazins "Report Mainz". Viele kirchliche Mitarbeiter könnten demnach nicht mehr von ihrem Einkommen leben und wären auf zusätzliche Leistungen wie Hartz IV angewiesen.

Der Präsident des Diakonie-Bundesverbandes, Klaus-Dieter Kottnik, bestritt, dass es systematisches Lohndumping gebe. Vielmehr sei die Alternative zu Vertragskürzungen, die Arbeit ganz aufzugeben. Caritas-Präsident Prälat Peter Neher behauptete, die Einrichtungen seines Verbandes zahlten Pflegekräften ordentliche Löhne. Der Mitarbeitervertreter in der bundesweiten arbeitsrechtlichen Kommission der Diakonie, Wolfgang Lindenmaier, warf den Kirchen hingegen vor, "die Lohnspirale absichtlich nach unten zu treiben" und ihren politischen Einfluss nicht zu nutzen, um gerechte Löhne zu erzielen.

In Deutschland beschäftigen die Kirchen etwa 1,2 Millionen Mitarbeiter. (*Spiegel online*, 28.4.08; *Welt online*, 28.4.08)

Weitere Filmdokumente hierzu: "Nur für Gottes Lohn" (*tagesschau.de*, 26.4.08);

"Sozialdumping bei den großen Kirchen" (*SWR Nachrichten*, 28.4.08);

"Die Kirche ist schlimmer als Lidl" (*Focus online* und *focus tv*, 28.04.2008)

I (3825) **Berlin/Vatikanstadt**. Nach Ansicht diverser Journalisten und Theologen lassen sich beim Fußball deutliche Parallelen zum Katholizismus erkennen.

Hunderttausende "Gläubige" pilgern Woche für Woche in die Fußballtempel, der "heilige Rasen" erinnere an den sakralen Bezirk in großen Wallfahrtsorten und in den Fanshops könne man sich ähnlich wie in Devotionalienläden entsprechend ausstatten. Richtig katholisch werde es bei der Roten Karte, die bei einem schweren Foul den Spieler "exkommuniziert". Schließlich habe die Fußball-Religion auch ein missionarisches Element, denn im Verlauf der EM bekannten sich viele vorher Ungläubige zu ihr, entfernten sich aber nach Ende der "berauschenden Party" auch ebenso schnell wieder von ihr. Sogar Parallelen zwischen FIFA und Kirche sind offenkundig: Damit ein nationaler Fußballverband überhaupt den Zuschlag für eine WM oder eine Kontinentalmeisterschaft erhält, muss der Staat der FIFA absolute Steuerfreiheit und eine Vielzahl weiterer Privilegien bis hin zur Abtretung hoheitlicher Rechte gewähren. Ebenso muss die Allgemeinheit die Kosten für die Infrastruktur und die Sicherheit der Veranstaltungen allein tragen. (*Rheinischer Merkur*, 19.6.08; *Vatican Magazin*, 16.6.08; *idea*, 18.6.08)

Liechtenstein

I (3826) **Vaduz**. Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein will das Verhältnis von Staat und Kirche neu ordnen. Da die katholische Kirche bei dem bisherigen Vorschlag aber ihre bisherigen Rechte verlieren und anderen Religionsgemeinschaften nur noch gleichgestellt würde, hat das Erzbistum Vaduz ein Konkordat zwischen Liechtenstein und dem Vatikan vorgeschlagen. Eine solche völkerrechtliche Vereinbarung könne gezielt auf die "Bedürfnisse der Parteien" (gemeint sind hier natürlich nur die der Kirche) zugeschnitten werden und sei damit weniger "konflikthanfälliger" als eine gesetzliche Regelung, begründet der Generalvikar des Erzbistums Markus Walser den Vorschlag. Der Kirchenrechtler erinnerte daran, dass in den vergangenen fünf Jahrzehnten etwa 50 Staaten weltweit vertragliche Lösungen mit dem Vatikan abgeschlossen hätten. Die Regierung dagegen schätzt die Vorteile einer gesetzlichen Regelung. Damit gälten für alle Religionsgemeinschaften die gleichen Spielregeln. Ein Konkordat mit dem Vatikan führe hingegen zu einer neuen Nähe zur Kirche und laufe damit der Forderung nach einer Trennung von Staat und Kirche zuwider, heißt es in einem Bericht der Regierung zur Neuordnung des Staatskirchenrechts. (*kipa* [=Katholische Internationale Presse Agentur der Schweiz], 24.6.08)

Bereits im Januar hatte sich der eigentlich sehr fromme Fürst Hans-Adam von Liechtenstein für ein friedliches Zusammenleben von Christen und Moslems ausgesprochen. Es sei "kein Problem, wenn auf der einen Seite die Kirchenglocken läuten und man auf der anderen Seite den Muezzin rufen hört", sagte der Erbprinz in einem Interview mit Radio L (Liechtenstein). Zur Debatte über die Entflechtung von Kirche und Staat in Liechtenstein sagte er, die staatlichen Organe sollten "nicht unnützlich ihre Kapazitäten mit kirchlichen Fragen verschwenden", sondern sich mit ihren Kernaufgaben beschäftigen. "Auch der Kirche täte es gut, wenn sie ihre gesamte Aufmerksamkeit ihren eigentlichen Aufgaben wie der Seelsorge widmen könnte." Die Gemeindevorsteher hatten sich im Oktober 2007 auf zwölf Grundsätze für die Verhandlungen mit dem Erzbistum Vaduz geeinigt. Demzufolge sind die elf Gemeinden bereit, die Pfarrkirchen gegen Tausch an die römisch-katholische Kirche abzutreten oder sie ihnen zur Nutzung zu überlassen. Im Gegenzug hätte die Kirche künftig sämtliche Bau- und Unterhaltskosten zu tragen. Auch das Kirchenpersonal und der Religionsunterricht soll allein Sache der katholischen Kirche sein. (*Liechtensteiner Vaterland*, 5.1.08)

Der Hintergrund des Gesinnungswandels von Regierung und Fürst: Die ursprünglich beinahe ausschließlich katholische Bevölkerung war durch Zuwanderung in den letzten drei Jahrzehnten einer starken konfessionellen Wandlung unterworfen. Zehn

Jahre nach der umstrittenen Errichtung des Erzbistums Vaduz durch den Vatikan kam die Regierung nun zum Schluss, dass keine verlässlichen Daten über die Religiosität und die religiöse Einstellung der Bevölkerung vorhanden sind und gab eine repräsentative Umfrage in Auftrag. Und siehe da: Im einst traditionell katholischen Fürstentum Liechtenstein stuft sich nur noch rund die Hälfte der Bevölkerung als religiös ein. Rund fünf Prozent der Bevölkerung sind laut Statistik Moslems, etwa dreimal soviel fühlen sich keiner Konfession zugehörig. Mehr als die Hälfte der Befragten unterstützt eine Moschee in Liechtenstein und plädiert für die Bestattung der Moslems auf den bestehenden Friedhöfen, während nur jeder Dritte einem separaten moslemischen Friedhof den Vorzug gibt. Die letzte Volkszählung war im Jahr 2000 durchgeführt worden. (Pressemitteilung der Regierung, 26.4.08)

Rumänien

I (3827) **Bukarest**. In Rumänien organisieren sich erstmals orthodoxe Priester in eigenen Gewerkschaften. Im Mai haben 20 Geistliche der Rumänisch-Orthodoxen Kirche den "Schutzbund der Mutter Gottes" und 35 weitere die Gewerkschaft "Guter Hirte" gegründet. Sie wollen sich für bessere Bezahlung einsetzen sowie für das Recht, Angelegenheiten der Gemeinde ohne Zustimmung der Diözese zu regeln. Das berichtet die ökumenische Nachrichtenagentur "ENI". Der Vizepräsident von "Guter Hirte", Nicolae State, erklärte, zwischen der kirchlichen Obrigkeit und den Gemeindepriestern tue sich ein "Abgrund" auf. Die Kirchenleitung verurteilte die Gründung der Gewerkschaften. Priester sollten die vorgesehenen innerkirchlichen Kanäle nutzen, um ihren Nöten Gehör zu verschaffen, erklärte Constantin Stoica, Sprecher des Bukarester Patriarchats. Er räumte ein, dass manche Priester Schwierigkeiten hätten, materiell über die Runden zu kommen, besonders jene mit Familien. Aber diese Probleme könne man innerhalb der Kirche lösen. Die Gewerkschaftsgründer ließen sich von einem "Geist der Auflehnung" in Versuchung führen, erklärte das Patriarchat. Sie entfernten sich so von der Kirchenordnung und der Gemeinschaft. Ein Priester sei kein Angestellter einer Firma. Er könne nicht streiken und sich etwa weigern, Kinder zu taufen, Paare zu trauen, Beichten zu hören, Tote zu beerdigen oder das Abendmahl zu feiern, weil sein Gehalt zu gering sei. Laut ENI zahlt in Rumänien der Staat einen Teil des Priestergehalts; den Rest muss die Gemeinde des Geistlichen aufbringen. Von den 23 Millionen Einwohnern Rumäniens gehören 86,7 Prozent zur orthodoxen, 4,7 Prozent zur katholischen und 3,2 Prozent zur reformierten Kirche. 0,3 Prozent sind Muslime und 14.000 Juden. (*idea*, 21.6.08)

Anm. *MIZ-Red.*: Orthodoxe Kirchen kennen keine Kirchensteuer, daher können bzw. brauchen Orthodoxe in Deutschland auch nicht austreten. Das ist jedoch kein Grund, warum der Staat ihnen einen Teil des Gehalts zahlen sollte. Vielmehr haben sich die Priester ihren "Beruf" freiwillig ausgesucht. Hätten sie daneben (oder stattdessen) einen ordentlichen Beruf erlernt, bestünde das Problem nicht. Insofern mögen sie zwar den Geiz ihrer Kirche zu Recht beklagen, sind aber auch selbst schuld an ihrer Misere: Wer wählt schon einen Dienstleistungsberuf, der von der Gesellschaft weithin nicht nachgefragt und daher als unnützlich betrachtet wird?

Russland

I (3828) **Moskau**. Der Vorsitzende des kirchlichen Außenamtes des Moskauer Patriarchates, Metropolit Kyrill von Smolensk und Kaliningrad, geht nun gegenüber dem russischen Staat in die Offensive. In einem Interview auf der Website der russisch-orthodoxen Erzbischöfsversammlung meinte er, „Kirche und Staat müssen

bestimmte Fragen ihrer sozialen Partnerschaft lösen, wie etwa die Einführung von Religionsunterricht an den Schulen“.

Das fünftägige Treffen der russischen Oberhirten schien ihm nun der geeignete Anlass, die Einführung eines vom Staat getragenen Religionsunterrichts einzufordern. Seit der letzten Erzbischofsversammlung 2004 habe die Kirche laut Kyrill eine „positive Dynamik“ in die Gestaltung der Beziehungen zwischen Gesellschaft und Staat gebracht – trotz des Widerstandes von Kräften, die „keine aktive Präsenz der Kirche im Leben des Volkes“ befürworten. Er sei überzeugt, dass die geistig-moralischen Grundwerte die Basis für den gesellschaftlichen Schulterschluss vor dem Hintergrund verschiedener Bedrohungen bilden. Der Geistliche sieht eine wichtige Aufgabe der Kirche darin, „der Welt ein Zeugnis vom christlichen Glauben, von der Unbestreitbarkeit des evangelischen moralischen Ideals zu geben“. Beobachter sehen damit den Versuch der Kirche, sich dem Staat als moralische Instanz unentbehrlich zu machen, indem sie – wie schon in der Sowjetzeit – einerseits treu die Staatsdoktrin gegenüber den Gläubigen vertritt, sich diese Unterstützung andererseits aber auch teuer bezahlen lässt mit einem Machtzuwachs im bisher weitgehend säkularen Staat. (*ria novosti*, 24.6.08)

Vatikan

I (3829) **Vatikanstadt**. Nach der Meinung einiger Bischöfe ist die Zeit reif für eine Proklamation Mariens als "Miterlöserin". Katholische Würdenträger in aller Welt wurden eingeladen, eine Petition zu unterstützen, damit der Papst Maria "als Miterlöserin mit Jesus, dem Erlöser, und als Mittlerin der Gnaden mit Jesus, dem einen Mittler, verkünden soll". Unterzeichner des Schreibens sind neben den indischen Kardinälen Telesphoro Toppo, Varkey Vithayatil, die Kardinäle Luis Aponte Martinez aus Puerto Rico, Riccardo Vidal von den Philippinen und Ernesto Corripio y Ahumada aus Mexiko.

Einige europäische "Dogmatiker" - so werden diese Spezialisten auch von der katholischen Kirche selbst bezeichnet - distanzieren sich deutlich von der in der Petition beschriebenen Position. Diese sei "eine Irrlehre" und widerspreche den bisherigen, zwei Jahrtausende alten Aussagen. Ratzingers Vorgänger hatte während seiner Amtszeit bereits eine ähnliche Bitte, damals unterstützt von 500 Bischöfen und 42 Kardinälen, die 5 Millionen Unterschriften gesammelt hatten, zurückgewiesen. (*Die Welt*, 16.6.08)

Anm. MIZ-Red.: Maria spielt als „Gottesmutter“ überhaupt erst seit dem 5. Jh. eine Rolle; erst kurz zuvor war Jesus vom Propheten zum Gott aufgestiegen. Beides entsprang damals einem Grundbedürfnis der Gläubigen, der dann als „Volksglauben“ und schließlich als „Volkswillen“ die christliche Religion substantiell verändert hat. Erst kürzlich tat der Heilige Stuhl Ähnliches, als er eigenmächtig, aber unauffällig die „Vorhölle“ abschaffte (vgl. MIZ 4/2007, IR-Meldung 3770). Wiederholt sich jedoch ein solcher Eingriff allzu häufig, dann entsteht nicht nur bei Kirchenfernen der Eindruck, die Religion werde eigentlich nicht von Gott gemacht, sondern von der Kirche – die doch angeblich nur Hüterin der göttlichen Botschaft sein will. Dann aber besteht akute Gefahr, dass auch aus Sicht von Gläubigen „der ganze Schwindel auffliegt“ (nämlich dass die christliche Religion gar nicht von einem „höheren Wesen“ stammt, sondern von vielen Menschen über viele Generationen hinweg aus zahllosen Versatzstückchen – z.T. auch von anderen Religionen entnommen – zu einem feinen religiösen Gewebe versponnen wurde). Die Ablehnung des Vatikan ist daher nur allzu verständlich, doch zeigt die massive Unterstützung des Änderungswunsches durch höchste Würdenträger, wie zerrissen auch die römisch-katholische Kirche in ihrem Inneren tatsächlich ist.

Weißrussland

I (3830) **Minsk**. Die beiden letzten verbliebenen Diktaturen Europas wollen künftig enger zusammenarbeiten. Weißrussland will seine Beziehungen zum Vatikan verbessern, und auch der Heilige Stuhl ist an engerer Zusammenarbeit mit Weißrussland interessiert. Dies teilte Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone bei einer Begegnung mit dem weißrussischen Außenminister Sergei Martyno der Presse mit. Präsident Alexander Lukaschenko hat den Papst bereits zu einem Besuch eingeladen. Auch äußerte er die Bereitschaft zu einem Konkordat mit dem Heiligen Stuhl, für das sich auch Bertone aussprach. Der weißrussische Regierungsbevollmächtigte für religiöse Angelegenheiten, Leonid Gulaka, hatte schon einen Monat vor der Reise bestätigt, dass der Abschluss eines Konkordats mit dem Vatikan in Vorbereitung sei. Gulaka hat die Initiative für das Konkordat nach eigenen Angaben mit dem Minsker Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz vereinbart.

Beobachter glauben, dass der autoritär regierende Lukaschenko vor der Parlamentswahl im September verstärktes Interesse daran hat, sein Image im Westen zu verbessern ohne inhaltliche Zugeständnisse machen zu müssen. Die Gesetze zur Religion in Weißrussland zählen zu den repressivsten in Europa. Gleichwohl betonte der nach dem Papst ranghöchste Vertreter des Vatikan, Staat und Kirche müssten auch innerhalb dieses Landes mit Respekt und Achtung der jeweiligen Kompetenz eng zusammenarbeiten. Die Presse werteten diese Aussage als Indiz, dass dem Vatikan gute Beziehungen wichtiger sind als eine demokratische Struktur Weißrusslands. 80 Prozent der Bewohner bekennen sich zur orthodoxen Kirche, 15 Prozent sind Katholiken. (*Radio Vatikan*, 20.6.08; *ap*, 21.6.08)

Nordamerika

Vereinigte Staaten

I (3831) **Washington**. Nicht nur Präsidentschaftskandidat Obama hat ein Predigerproblem, auch sein Gegenspieler McCain musste auf Distanz zu seinem Pastor Hagee gehen. Der Republikaner distanzierte sich notgedrungen von Pastor John Hagee, einem seiner prominentesten evangelikalen Unterstützer. Dieser hatte in einer Predigt erklärt, Gott habe den Holocaust in die Wege geleitet, um europäische Juden nach Israel zurückzujagen. Hagees Theologie zufolge kann die Wiederkunft Jesu nur geschehen, wenn ein starkes Israel existiert. Hätte er diese Predigt gekannt, hätte er Hagees Unterstützung nie akzeptiert, behauptet Mc Cain nun. Der 68-jährige John Hagee ist Fernsehprediger und Pastor der 19.000 Mitglieder zählenden Cornerstone-Kirche im texanischen San Antonio. In einem seiner Bücher behauptet er, der Vatikan habe sich mit Adolf Hitler verschworen, um die Juden auszurotten. Die katholische Kirche sei ein "Kult".

Vergangene Woche hatte Hagee sich für Aussagen entschuldigt, die katholische Christen "beleidigt haben könnten". Trotz heftiger Kritik an Hagee hielt McCain dem Prediger aber bis zum Bekanntwerden der Holocaust-Predigt die Treue. Hagee erklärte unterdessen, seine Predigten würden von McCains Gegnern "zu politischen Zwecken entstellt". Der Theologe kündigte an, er werde sich aus dem Wahlkampf zurückziehen. (*epd* [=Evangelischer Pressedienst], 22. u. 23.5.08)

Lateinamerika

Argentinien

I (3832) **Mar del Plata**. Katholiken, die politische Verantwortung übernommen haben, müssen nach Auffassung des Päpstlichen Ratspräsidenten Kardinal Renato Raffaele Martino die Soziallehre der Kirche im Auge haben. Das betonte der hochrangige Kirchenfürst anlässlich eines Kongresses der argentinischen Katholiken im Luxus-Ferienort Mar del Plata. Der Soziallehre gebühre "mit ihrem Prinzip der Subsidiarität und der Solidarität" unter katholischer Führung höchste Priorität. Gleichzeitig forderte er ein "neues Profil des christlichen Managers im sozialpolitischen Bereich". Der Vatikan-Kardinal lud christliche Manager zu einem weiteren Dialog mit dem Heiligen Stuhl ein. Dies werten Beobachter als Anzeichen, dass der Vatikan nun die katholisch geprägten Politiker in diversen südamerikanischen Staaten stärker beeinflussen möchte, der Kirche im Sozialbereich das Feld zu überlassen. (*Radio Vatikan*, 12.6.08)

Afrika

Republik Kongo

I (3833) **Vatikanstadt**. Der kongolesische Präsident Joseph Kabila, der ebenso wie sein Vater und Amtsvorgänger Laurent-Desiré Kabila früher ein brutaler Komplize des Diktators und Massenmörders Mobutu war, hat einen bemerkenswerten diplomatischen Erfolg errungen: Er wurde nach 2002 schon zum zweiten Mal von Papst Benedikt XVI. mit allen Ehren in Privataudienz empfangen. Bei den Gesprächen ging es laut Vatikan-Mitteilung um die politische und soziale Lage im Kongo, nicht zuletzt aber auch um die Rolle der katholischen Kirche bei der Erziehung und der Ausbildung der Jugendlichen. Die Kirche sei stets bereit, hier ihren Beitrag zu liefern. Weiteres Thema war "die Wichtigkeit des Dialogs und der Zusammenarbeit in der Fragen der Rückgabe von Kirchengütern, die vor mehreren Jahrzehnten enteignet worden waren. Kabila seinerseits lud den Papst zu einem Besuch in die Republik Kongo ein. (*Radio Vatikan*, 19.6.08)

Asien

Bangladesch

I (3834) **Dhaka**. Die religiösen Minderheiten im Land fordern die Abschaffung der Staatsreligion. Nach Angaben der Agentur "UcaNews" kamen Hindus, Buddhisten und Christen in der Hauptstadt Dhaka am 9. Juni zu einer Kundgebung zusammen, bei der die Abschaffung eines Verfassungszusatzes gefordert wurde, durch den in Bangladesch der Islam vorgeschriebene Staatsreligion ist; fast 90 Prozent der Bengalen bekennen sich zumindest nach außen dazu. Zwar garantiert die Verfassung zugleich eine freie und friedliche Religionsausübung, doch die religiösen Minderheiten sind zumeist von staatlicher Seite Repressalien ausgesetzt. (*UcaNews*, 18.6.08)

Iran

I (3835) **Vatikanstadt**. Despoten verstehen sich in ihren Gedankengängen traditionell besonders gut. Ebenso wie früher Ayatollah Khomeiny will nun der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad eine Audienz beim Papst erreichen. Der Vatikan hatte den iranischen Staatschef in der Vergangenheit wiederholt

kritisiert, aber nur wegen seiner Aussage, Israel sollte von der Landkarte ausradiert werden. Die Leugnung des Holocaust oder die Unterdrückung nicht-monotheistischer Minderheiten waren z.B. (zumindest offiziell) kein Thema. Dagegen hatte sich der Papst ausdauernd für einen Dialog mit dem Iran eingesetzt, um den Streit um das umstrittene Atomprogramm des Landes mit dem Westen auszuräumen. Mit Außenminister Manuchehr Mottaki hat sich Benedikt XVI. bereits getroffen. Die italienische Tageszeitung *La Repubblica* spricht von "Verlegenheit im Vatikan" angesichts von Ahmedinejads Anfrage zu einer Audienz. Die wahrscheinliche Lösung ist nach Ansicht des Blattes, dass der iranische Präsident vom vatikanischen Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone empfangen wird. Zu einem Treffen mit Benedikt XVI. werde es dagegen kaum kommen. Irans Präsident und der Papst kamen im Frühjahr 2005 fast zeitgleich in ihre Ämter. (*Radio Vatikan* u. *reuters*, 28.5.08)

Philippinen

I (3836) **Manila**. Der Heilige Stuhl und die Philippinen haben einen Staatsvertrag geschlossen. Wie fast immer ging es dem Vatikan zuallererst um die Sicherung seiner Besitztümer sowie um den Zugang zu staatlichen Subventionstöpfen. Das Abkommen regelt laut Vatikanmitteilung vom 23. Juni die „Frage der Kulturgüter der katholischen Kirche“. In Kraft getreten ist es schon am 29. Mai mit Austausch der Ratifizierungsurkunden am Sitz des Außenministeriums in Manila. An der Feier nahmen der philippinische Außenminister Alberto G. Romulo und der zuständige Nuntius Erzbischof Edward J. Adams teil. Der Staatsvertrag über kirchliche Kulturgüter war bereits am 17. April 2007 unterzeichnet worden, doch bestand der Heilige Stuhl auf einem formellen Konkordat. (*Radio Vatikan*, 23.6.08)

Vietnam

I (3837) **Hanoi**. Der Heilige Stuhl betreibt mit aller Kraft die Übertragung von Immobilien, um von dort aus die Missionierung des Landes vorantreiben zu können. Eine Vatikan-Delegation reiste eigens nach Vietnam, um mit der Regierung über "die Rückgabe kirchlichen Eigentums und Religionsfreiheit" zu verhandeln. Ob das in den 50er Jahren beschlagnahmte Nuntiaturgebäude wieder in katholische Hände kommt, bleibt vorerst unklar. Die Diplomaten unter Leitung des Untersekretärs des Heiligen Stuhls für die Beziehungen zu den Staaten, Erzbischof Parolin, konnten aber erste Erfolge verbuchen. Der vietnamesische Vizepremier und Außenminister Pham Gia Khiem zeigte sich entsprechend den Wünschen der Vatikan-Delegation zu einer "Normalisierung der bilateralen Beziehungen" bereit und veranlasste die lokalen Autoritäten von Qang Tri, der Kirche ein Grundstück rund um das Marienheiligtum von La Vang zu übereignen. Eine speziell eingerichtete bilaterale Arbeitsgruppe soll nun "Zeiten und Modalitäten" für eine weitere Annäherung festlegen. Wie wichtig Vietnam als Brückenkopf für eine Rekatholisierung Asiens ist, demonstrierte Parolin, als er bei einem Besuch dieses Wallfahrtsortes eine Monstranz als Geschenk des Papstes überreichte.

Auch die Erlaubnis, dass Ordensfrauen jetzt Kindergärten eröffnen dürfen, gilt als Fortschritt. Die Schulen bleiben allerdings zum Bedauern der Kirchen weiter fest in staatlicher Hand. (*apic*, 10.6.08; *catholic news agency [USA]*, 12.6.08; *Radio Vatikan*, 17.6.08)